

Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst [Patrick Kupper]

Autor(en): **Gül, Leyla**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **55 (2005)**

Heft 1: **Sciences, Etat, industrie = Wissenschaft, Staat, Industrie**

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

1874 lediglich die harten Rechts- und Abstimmungsfakten beschreibt. Dabei würde die Darlegung der sich entwickelnden Mentalitäten diese positivrechtliche Entwicklung nur unterstreichen und noch überzeugender machen.

Der Autor gliedert bei der Verfassungsentwicklung des Bundes den Stoff in thematisch-chronologische Abschnitte. Von grosser Bedeutung ist die Zulassung der Volksinitiative auf Partialrevision der Bundesverfassung 1891. Zuvor wurde mehrfach auf dem Wege der Initiative auf Totalrevision versucht, einzelne Revisionspostulate, etwa die Schaffung des Banknotenmonopols zugunsten des Bundes, durchzusetzen. Der Bundesrat hatte diese Initiativen trotz Bedenken als Totalrevisionsinitiativen zugelassen und der Bundesversammlung entsprechend Antrag gestellt. Damit war die Schaffung der Partialrevisionsinitiative vorgespurt. In einem weiteren Kapitel wird etwa die Forderung nach der Volkswahl des Bundesrates behandelt, die 1848, 1874 anlässlich der Totalrevision sowie 1900 und 1942 in Volksinitiativen erneut aufgeworfen wurde. Dieser Teil behandelt insbesondere auch die Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialverfassung im 20. Jahrhundert und – besonders interessant – die Entwicklung der Staatsrechtslehre.

In den Schlussbetrachtungen geht Kölz unter anderem der Frage nach, ob die Schweizer Verfassungsgeschichte auch Anregungen für die Zukunft Europas bieten könnte. In der Schweiz stellt das Parlament das entscheidende Bindeglied zwischen Volk und Rechtsetzung dar. «Betrachtet man die Stellung und Aufgaben des heutigen EU-Parlamentes, so wird bald klar, dass es diese anspruchsvolle Aufgabe kaum übernehmen kann», schreibt Kölz. Der Weg vom Vertrags- zum Verfassungseuropa sei noch weit.

Wertvoll ist es, dass Kölz die Belege und die Fussnoten gegenüber Band I angereichert hat, wenngleich sich der wissenschaftlich interessierte Leser eine noch höhere Dichte der Belegstellen wünschen könnte. Das Werk wurde vom Autor – wohl als eines der letzten seiner Art – von Hand geschrieben und erst nachträglich elektronisch erfasst. Das kommt ihm zugute: Die Sprache ist sparsam, knapp und klar.

Thomas Gächter und Stefan G. Schmid haben bei der postumen Fertigstellung des Werks umsichtig und im Geiste des Autors in den fast fertiggestellten Text eingegriffen und dies kenntlich gemacht. Sie und die beteiligten früheren Assistierenden haben eine hervorragende und selbstlose Arbeit geleistet. Der Band ist eine Fundgrube für politische Ideen und sollte von jeder an Politik interessierten Person in die Hand genommen werden. Es ist verblüffend, wie sich in der dargestellten Geschichte zahlreiche Ideen finden, die heute wieder diskutiert werden.

Kölz' Verfassungsgeschichte gehört nicht in die Vergangenheit, sondern ist ein Arbeitsmittel zur Bewältigung der Gegenwart. Es handelt sich um ein umfassendes Werk über die Erfahrungen des Menschen bei der Gestaltung des Gemeinwesens. Dabei geht es um mögliche Antworten auf die Frage, welche Institutionen und Werte für den besten Staat nötig sind. Wer möchte heute auf diesen reichen Fundus an Erfahrung verzichten, der sich mit Verfassung, Politik und der Regelung gesellschaftlicher Konflikte beschäftigt?

Andreas Kley, Bern

Patrick Kupper: Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projektes Kernkraftwerk Kaiseraugst. Zürich, Chronos Verlag, 2003, 321 S., 24 Abb.

Die Geschichte der zivilen Nutzung der Atomenergie in der Schweiz ist noch wenig erforscht. Nun liegt mit der Dissertation von Patrick Kupper eine Fallstudie zum gescheiterten Kernkraftwerkprojekt im aargauischen Kaiseraugst vor. 1965

von einem internationalen Konsortium unter der Federführung der Firma Motor-Columbus initiiert, machte das Bauvorhaben eine wechselhafte Geschichte von einem allgemein als notwendig angesehenen und zeitgerechten Stromlieferanten bis hin zu einem als untragbar erachteten Koloss auf dem schweizerischen Energiemarkt durch. Das 1989 aufgegebene Projekt durchlief eine zweifache Karriere: zum einen als technisches Infrastrukturprojekt, zum anderen als Projektionsfläche für unterschiedliche Zukunftsvorstellungen und gesellschaftliche Grundwerte wie Demokratie, Rechtsstaat, Föderalismus, technischer Fortschritt oder Umweltschutz. «Kaiseraugst» bildete sich zum Kristallisationspunkt gesellschaftlicher Diskurse heraus und wurde zum Testgelände der Auseinandersetzung zwischen Technik und Umwelt, politischer Willensbildung und Rechtsstaatlichkeit. An dieser Stelle setzt die Studie ein und sie steckt sich hohe Ziele. Sie fragt nicht nur nach den Ursachen des Scheiterns des Vorhabens, sondern stellt die Interpretationszusammenhänge der Diskurse um das mehrschichtige Phänomen «Kaiseraugst» ins Zentrum. Dabei bezieht der Autor verschiedene Handlungsebenen und -akteure ein und verknüpft technik-, umwelt- und unternehmensgeschichtliche mit gesellschafts-, sozial- und kulturhistorischen Ansätzen.

Die Studie ist grundsätzlich chronologisch aufgebaut. Untersuchungsgegenstand der beiden ersten Kapitel bilden die Initiatoren des Atomkraftwerkprojekts und ihre Bemühungen, das Werk zu realisieren. Vor dem Hintergrund der Vorgeschichte des Projekts zeigt der Autor auf, wie sich die an «Kaiseraugst» beteiligten Unternehmen – geblendet von der Atomeuphorie der Nachkriegszeit und vom Wunsch geleitet, die Phase der unbeliebten Wasser- und konventionell-thermischen Kraftwerke zu überspringen – zu fehlgeleiteten Schlüssen bezüglich der Risiken der neuen Technologie verleiten liessen. Diese Fehleinschätzung führte dazu, dass in der Schweiz zu viele Projekte in einem scharfen Konkurrenzkampf lanciert wurden. Heterogene Allianzen und konsortiumsinterne Differenzen waren die Folge, aber auch die Tatsache, dass durch die gegenseitige Abschottung der Planungsarbeiten projektübergreifende Lernchancen bezüglich des neuen und hochkomplexen Technologiebereichs vertan wurden.

Im Zentrum des dritten Teils steht die Opposition gegen das Kernkraftwerkprojekt Kaiseraugst. Im Anschluss an die Gewässerschutzdebatten der 1960er Jahre gelang es dem vorerst lokalen Widerstand Ende der 60er Jahre erstmals, gesellschaftliche Resonanz zu finden. Mit dem Aufbegehren gegen die zentralistische institutionelle Regelung des Atomenergiebereichs erhielt er eine wichtige Stärkung durch die beiden Basler Kantone und weitete sich im Verlauf der frühen 70er Jahre zu einer breit abgestützten Bewegung aus, der es gelang, die bis dahin unbestrittene zivile Nutzung der Atomenergie nachhaltig in Frage zu stellen. Die Ursache für das Entstehen dieser machtvollen Bewegung bezeichnet der Autor als «1970er Syndrom»: einer grundlegenden Neudefinierung der Beziehung zwischen Mensch und Umwelt, in deren Verlauf der Widerstand gegen Atomkraftwerke zu einem nationalen Politikum wurde.

Das nächste Kapitel widmet sich einem weiteren Akteur, dem Bundesstaat. Auch er trat nicht als homogener Protagonist auf, sondern nahm eine Doppelfunktion ein: als Förderer der Atomenergie und als unabhängige Kontroll- und Bewilligungsinstanz. Durch die staatliche Förderung wurde die Atomenergie zu einer Schlüsseltechnologie der Zukunft emporstilisiert und mit erheblichen finanziellen Mitteln ausgestattet. Der Sonderstatus, der ihr damit zugewiesen wurde, drückte sich im Atomgesetz von 1959 aus, welches eine für die Schweiz ungewohnt zentra-

listische Regelung vorsah. Im Zeichen des Glaubens an Fortschritt und Technik mochte sich diese bewähren. Als jedoch die Kontroversen um die Atomenergie begannen, hielt sie dem Druck der Öffentlichkeit nicht stand. Zum einen brach der bisher weitgehend abgeschlossene Planungskontext, in welchem die AKW-Projektanten arbeiteten, auf und brachte das institutionelle Arrangement zum Einsturz. Zum anderen desavouierte die pronukleare Haltung der Bundesbehörden deren Rolle als unabhängige Kontrollinstanz. Der sich daraus ergebende Legitimationsdruck führte zusammen mit steigenden internationalen Sicherheitsanforderungen zu einer Überforderung der staatlichen Institutionen. In der Folge verzögerten sich Bewilligungsverfahren und Bauprogramm, die Finanzierung geriet aus dem Ruder, während die politische Akzeptanz sank und die Notwendigkeit neuer Atomkraftwerke für die Bedarfsdeckung immer mehr in Frage gestellt wurde.

Die konkreten Folgen, die diese Entwicklung für das Bauvorhaben in Kaiseraugst hatte, stellt der Autor in den beiden letzten Kapiteln dar. Während die Projektanten trotz der Schwierigkeiten an der Realisierung festhielten – Ende 1973 gründeten sie die Bau- und Betriebsgesellschaft Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (KWK) und tätigten entscheidende Investitionen – stellte sich dieser Entscheid bereits eineinhalb Jahre später, nach der legendären Besetzung des Baugeländes in Kaiseraugst, als Fehlspekulation heraus. Der atomenergiepolitische Kontext war derart instabil geworden, dass für langfristiges Handeln keine Planungssicherheit mehr bestand. Anschaulich zeigt der Autor diese Verunsicherung anhand der Bewilligungsbehörden auf, die das Projekt bereits Ende der 1970er Jahre am liebsten entsorgt hätten. Etwas zeitversetzt drang dann selbst im Verwaltungsrat der KWK die Meinung durch, dass mit einer entsprechenden Entschädigung auf ein Kernkraftwerk in Kaiseraugst verzichtet werden solle. Verhandlungen zwischen der KWK und dem Bund scheiterten allerdings, da niemand die Verantwortung und die Kosten für den Projektabbruch übernehmen wollte. Der Autor ortet insbesondere beim Bund ein Manko, für das Scheitern des Bauvorhabens belangt zu werden. Erst nach dem Unfall in Tschernobyl, der die öffentliche Akzeptanz der Atomenergie auf einen Tiefpunkt brachte, war der politische Wille, das Projekt endgültig zu liquidieren, vorhanden.

Die sorgfältig recherchierte und anschaulich verfasste Dissertation von Patrick Kupper schliesst eine wichtige Lücke in der Geschichte der schweizerischen Kernenergie. Mit seiner Fallstudie über das gescheiterte AKW-Projekt Kaiseraugst hat der Autor ein Buch geschrieben, das – im Unterschied zu den meisten bisherigen Untersuchungen – die Entwicklung der zivilen Nutzung der Atomenergie in der Schweiz auf verschiedenen Handlungsebenen und aus der Sicht von mehreren Akteuren erforscht. Dabei gelingt es ihm, Prozesse der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung offen zu legen und das Phänomen «Kaiseraugst» als kollektiven Lernprozess darzustellen, in welchem die Grenzen zwischen Technik, Kultur und Gesellschaft verschwimmen. Dass sich dabei gewisse Wiederholungen ergeben, kann dem Autor kaum angelastet werden. Im Gegenteil: die Untersuchung lebt von der unterschiedlichen Darstellung und Interpretation gleicher Begebenheiten aus der Sicht verschiedener Akteure. Ermöglicht wurde die umfassende Darstellung durch den Zugriff auf Quellenbestände, die bisher unter Verschluss gehalten wurden. Namentlich ist hierbei der Nachlass der Kernkraftwerk Kaiseraugst AG zu nennen, deren umfangreiches Aktenmaterial durch die Studie einer interessierten Leserschaft zugänglich gemacht wird. Zu bedauern ist einzig

die Tatsache, dass sich der Autor auf die Darstellung des Falls «Kaiseraugst» beschränkt. Verweise zur Entwicklung von zeitgleichen Atomkraftwerkprojekten, die im Gegensatz zu «Kaiseraugst» tatsächlich realisiert wurden, finden sich nur am Rande. Als Grundlagenwerk für die weitere Erschliessung der Geschichte der Schweizer Atomenergie bildet die Untersuchung von Patrick Kupper jedoch einen ausgezeichneten Ausgangspunkt. *Leyla Gül, Bern*

Brigitta Gerber: Die antirassistische Bewegung in der Schweiz. Organisationen, Netzwerke und Aktionen. Zürich, Seismo, 2003. 522 S. (Reihe Sozialer Zusammenhalt und kultureller Pluralismus).

Obwohl es mehrere Studien zu den neuen sozialen Bewegungen in der Schweiz gibt, ist der antirassistischen Bewegung bislang kaum Beachtung geschenkt worden. Brigitta Gerber schliesst mit ihrer gut dokumentierten Studie diese Forschungslücke.

Im ersten Teil werden theoretische Grundlagen für das Verständnis und die Einordnung der antirassistischen Bewegung präsentiert. Dabei geht es einerseits um die Diskussionen um Rassismus, Neorassismus und Antirassismus, wobei auch bereits existierende Studien zu antirassistischen Bewegungen in anderen europäischen Ländern vorgestellt werden. Andererseits ordnet die Autorin die antirassistische Bewegung den sozialen Bewegungen zu, woraus sich eine Vielzahl von Forschungsfragen nach Akteuren, Identitäten der Akteure und Aktionsebenen ergibt. In die Untersuchung einbezogen wurden aus dem weiteren Kreis von Gruppen, die sich mit Ausländer-, Asyl-, Einwanderungspolitik etc. beschäftigen, jene Organisationen, deren Zweck und oberstes Ziel die Bekämpfung von Rassismus in der Schweiz ist. Ausführlich legt Gerber sodann ihr methodisches Vorgehen dar, wobei sich am Anfang angesichts der Neuheit des Forschungsfelds die Schwierigkeit der Erfassung von antirassistischen Gruppierungen ergab. Als explorativer Einstieg wurden verschiedene Karteien institutionalisierter Organisationen ausgewertet, woraus eine Liste von antirassistischen Gruppen, die sich selber als solche deklarierten, erstellt werden konnte. Danach dienten der Autorin als eigentliche Quellen einerseits schriftliches Material aus den Publikationen und Archiven der untersuchten Organisationen, andererseits 53 Interviews mit auf verschiedenen Ebenen in antirassistischen Gruppen involvierten Akteuren.

Der zweite Teil widmet sich dem zeitgeschichtlichen Kontext. Dabei werden als zeitliche Vorläufer insbesondere die Überfremdungsbewegung und deren Gegenbewegung in der Schweiz dargestellt. Zweitens wird in diesem Teil die 1995 eingeführte Antirassismus-Strafnorm als gesetzliche Institutionalisierung der Rassismusbekämpfung vorgestellt. Deren Einführung war nicht nur Anlass für Gründungen antirassistischer Organisationen, wie des *Comité romand Oui à la loi contre le racisme*, aus dem später die *Association romande contre le racisme* (ACOR) hervorging, sondern stellte auch einen wichtigen Mobilisierungsfaktor für weitere bereits bestehende Gruppierungen dar.

Im dritten Teil werden die in die Untersuchung einbezogenen antirassistischen Gruppierungen anhand einer Typologie präsentiert. Die Typologie fusst einerseits auf einer räumlichen Einteilung, indem zwischen national, regional und lokal agierenden Gruppen unterschieden wird. Andererseits spielt auch die zeitliche Dimension eine Rolle, insofern als zwischen in den sechziger und siebziger Jahren entstandenen Gruppen und solchen, deren Entstehung in die achtziger und neunziger Jahre fällt, differenziert wird. Durch die erstmalige Erfassung und Prä-